

## Smart Power

Die Putschisten in Honduras sind am Ziel, titelt die Berliner Zeitung.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/1123/politik/0039/index.html>

Das trifft zu, greift aber zu kurz. Am Ziel ist auch die Regierung Obama. Letzterer hatte bekanntlich mit der Parole „change“ seinen erfolgreichen Wahlkampf geführt. Was darunter zu verstehen ist, hatte seine Außenministerin zu Beginn ihrer Amtszeit angekündigt: Das Erreichen der Ziele der US-Außenpolitik mithilfe von „smart power“. Zu deren Repertoire gehört offensichtlich auch etwas, das Soldaten als „Tarnen und Täuschen“ vertraut ist, in der Sphäre der Politik jedoch seinen profanen Charakter als Überlebenshilfe im Krieg ablegt und mit den höheren Weihen des Niccolò di Bernardo dei Machiavelli versehen wird. Im achtzehnten Kapitel von *Il Principe* beantwortet er die Frage, ob der Fürst verpflichtet sei, Abmachungen einzuhalten, dass Fürsten, die Großes getan haben, wenig Rücksicht auf ihr gegebenes Wort nehmen. Worin die großen Taten bestehen, findet sich am Ende dieses Kapitels seines Hauptwerkes: „Siegen und seine Herrschaft behaupten.“

Im State Department erweckte Madame Clinton den Eindruck, als wolle ihre Regierung zwischen den Putschisten und dem von ihnen aus dem Amt gejagten und entführten rechtmäßigen Präsidenten von Honduras, Zelaya, vermitteln. Bei seinem Besuch in Moskau versicherte Obama am 27. Juli: „Amerika unterstützt die Wiedereinsetzung des demokratisch gewählten Präsidenten von Honduras, obwohl dieser sich entschieden gegen die Politik Amerikas gewandt hat.“ Am 3. September wurde Zelaya in Washington von der US-Außenministerin empfangen. Nach dem Treffen kündigten die USA an, sämtliche Hilfe für Honduras auf Eis zu legen, bis das mittelamerikanische Land wieder zu demokratischen Verhältnissen zurückgekehrt sei. Noch am 30. Oktober wurde der Schein aufrechterhalten. Unter maßgeblicher Mitwirkung der USA unterzeichneten die legitime Regierung und die Putschisten ein Abkommen über eine Einheitsregierung mit dem Ziel, den Regierungszustand vor dem Putschtag, dem 28. Juni, wieder herzustellen. Gleichzeitig wurden Präsidentenwahlen für den 29. November vereinbart. Nur wenige Tage später wurde klar, dass der amtierende Putschpräsident Micheletti nicht im Traum daran dachte, Zelaya in sein Amt zurückkehren zu lassen. Wer die Verhältnisse in Honduras kennt, weiß, dass er und seine Helfer aus den zehn Familien, die das Land kontrollieren, nicht ohne Einverständnis mit Washington handeln. Von dort kommen nunmehr auch eindeutige Signale, dass man

die von der herrschenden Oligarchen-Clique gesteuerten und kontrollierten Wahlen als rechtmäßig anerkennen werde. Die Enrique Soto Cano Air Force Base der USA bietet ihr eine zusätzliche Rückendeckung.

Fazit: Die USA sahen in der Annäherung Zelayas an das von Venezuela dominierte Wirtschaftsbündnis ALBA und in seinen objektiv eher bescheidenen Verbesserungen für die armen Schichten der Bevölkerung die Gefahr, dass sich der Halbkontinent noch weiter von ihrer Herrschaft emanzipiert. Principe Obama hat erst gar keine Abmachungen getroffen. Er war smarter. Er hat geheuchelt.

Von der EU, dem Raum des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und des Rechts, ist nichts mehr zu hören, nachdem einst im Sommer die Botschafter aus Honduras abgezogen wurden. Der schnöde Mammon regiert inzwischen wieder unter dem Motto: Bloß den Anschluss nicht verlieren. Eine eigene Wahlbeobachtungsmission wird das Alibi liefern, alsbald wieder zur diplomatischen Normalität zurückkehren zu können. Das wird sich rächen. Von den USA erwartet kein lateinamerikanisches Land eine Politik, die sich von der Monroe-Doktrin löst. Doch bevor sich Lateinamerika einer EU zuwendet, die einerseits transatlantisch sediert ist und andererseits in neokoloniale Attitüden zurückfällt, wird man es eher mit anderen versuchen. Zum Beispiel mit China oder Russland.